

Thema der Woche

Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin gewählt: EU braucht Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Innovation und Nachhaltigkeit

In Kürze

Kommission untersucht mögliche wettbewerbswidrige Verhaltensweisen von Amazon

Kommissionsfahrpläne veröffentlicht: Evaluierung zu Fahrgastrechten im Bus- und Schiffsverkehr gestartet

Rat erteilt Verhandlungsmandat für Modernisierung des Energiechartavertrags und segnet Verhandlungsrichtlinien ab

Neues aus der Kommission

Vorschläge zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU veröffentlicht - Hohe Relevanz für Binnenmarkt und Unternehmen

Neues aus dem Rat

Fortschritte bei Handelsbeziehungen EU-USA – Kooperationen wichtig für Wirtschaft

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Investitionen an europäischem Mehrwert ausrichten

Statistik der Woche

Exportüberschuss für Euroraum wächst – WKÖ unterstützt proaktive Handelsagenda der EU

Jobs+Jobs+Jobs

Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Financial Officer

Europäische Chemikalienagentur sucht Administrative and Regulatory Assistant

European Global Navigation Satellite Systems Agency sucht GNSS Security Engineer

EU-Agenda

EU-Kommission: 2305. Sitzung am 24. Juli 2019

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU Representation Wirtschaftskammer Österreich
Avenue de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin gewählt: EU braucht Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Innovation und Nachhaltigkeit

Am Dienstag wurde Ursula von der Leyen im Europäischen Parlament in geheimer Abstimmung mit 383 Stimmen als EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Sie wird ihr Amt am 1. November 2019 für fünf Jahre anreten. Ursula von der Leyen ist die erste Frau in diesem Amt.

Im Vorfeld der Abstimmung hatte sie ihre **politischen Leitlinien** unter dem Motto "Eine Union, die mehr erreichen will" vorgestellt. Darin kündigt sie unter anderem an, für einen „Grünen Deal“ einzutreten: Europa soll der weltweit erste klimaneutrale Kontinent und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankert werden. Darüber hinaus soll eine CO₂-Grenzsteuer Verlagerungen von CO₂-Emissionen vermeiden.

Im Bereich Soziales möchte von der Leyen u.a. einen Aktionsplan für die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte vorlegen und ein Rechtsinstrument für einen Mindestlohn

sowie eine europäische Arbeitslosenrückversicherung vorschlagen. Weiters sollen eine europäische Gleichstellungsstrategie der Geschlechter sowie verbindliche Lohntransparenzmaßnahmen folgen. Außerdem sollen Quoten für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen festgelegt werden.

Kleine und mittelständische Unternehmen sollen mittels einer gezielten KMU-Strategie gestärkt werden, wobei der Verwaltungsaufwand für diese Unternehmen reduziert und ihnen der Marktzugang erleichtert werden soll. Von der Leyen möchte außerdem die Kapitalmarkt- und Bankenunion vollenden und einen öffentlich-privaten Fonds einrichten, der auf KMU-Börsengänge spezialisiert ist. Einer weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion will sie Priorität einräumen und die internationale Rolle des Euro stärken. Die designierte Kommissionpräsidentin wolle außerdem dafür sorgen, dass die Besteuerung von großen Technologiekonzernen ganz oben auf der Agenda steht. Sofern bis Ende 2020 noch keine globale Lösung für eine digitale Steuer gefunden sei, sollte die EU von der Leyen zufolge alleine handeln.

In den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit möchte sie außerdem Rechtsvorschriften mit einem koordinierten europäischen Konzept für die menschlichen und ethischen Aspekte der künstlichen Intelligenz vorschlagen. Diese sollen darauf abstellen, Big Data für Innovationen zu nutzen, die für Unternehmen und Gesellschaften einen Mehrwert darstellen. Mit einem neuen Gesetz über digitale Dienste sollen Haftungs- und Sicherheitsvorschriften für digitale Plattformen, Dienste und Produkte geschaffen und der digitale



Foto © European Union 2019 - Source : EP, Christian Creutz

Binnenmarkt vollendet werden. In Bezug auf digitale Kompetenzen werde der **Aktionsplan für digitale Bildung** entsprechend aktualisiert werden. Dementsprechend unterstützt von der Leyen auch den Vorschlag des Europäischen Parlaments, das **Erasmus+- Budget im Rahmen des nächsten langfristigen Haushalts zu verdreifachen**.

Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer gratulierte Ursula von der Leyen sehr herzlich zur Wahl. Nachdem die wichtigen Spitzenpositionen auf europäischer Ebene fixiert sind, „gibt es jetzt für die EU die Chance, neu durchzustarten. Diese Chance müssen wir unbedingt nützen – auch im Interesse der österreichischen Wirtschaft. Denn Europa ist für Österreich Heimat und Heim-Markt“, betont Mahrer. 7 von 10 österreichischen Export-Euro gehen in die EU, 8 von 10 Gesetzen, welche die Wirtschaft betreffen, haben dort ihren Ursprung. **Oberste Priorität der EU muss dabei sein, Innovationspotenziale zu heben und die Digitalisierung für Europa als Chance zu sehen.**

„Nun geht es um die Entwicklung eines Arbeitsprogramms, das Europas Wirtschaft im globalen Wettbewerb wieder nach vorne bringt – ein Programm, von dem alle Europäerinnen und Europäer profitieren“, betont Mahrer. In einigen Jahren werden 90 Prozent des weltweiten Wachstums außerhalb der EU generiert werden, erst kürzlich hat die EU-Kommission ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum der Union im Jahr 2020 von 1,5 auf 1,4 Prozent zurückgenommen.

Die Wirtschaftskammer hat in der **„Agenda EU 2019-2024“** ihre Vorschläge für die Neuorientierung der EU ausgearbeitet. **Der Fokus muss auf den Wachstumsbringern der Zukunft, auf Wettbewerbsfähigkeit, Digitalisierung, Innovation und Nachhaltigkeit liegen.**

Auch der **Binnenmarkt** soll weiter verbessert werden – etwa im Bereich Dienstleistungen. Das Thema Bürokratieabbau bleibt ein Dauerbrenner. „Weniger Regulierung ist manchmal mehr. Dies muss auch für die nächste EU-Kommission die Richtschnur sein“, fordert der WKÖ-Präsident.



Und für ein nachhaltiges Europa ist das **Modell der ökosozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln** – in Österreich wie in Europa: „Wenn Europa beim Thema Nachhaltigkeit eine Vorreiterrolle einnimmt, birgt das für unsere österreichischen Unternehmen auch ungeheure Geschäftschancen“, so Mahrer.

„Von der EU-Kommission muss die Initialzündung für ein wettbewerbsfähiges und innovatives Europa ausgehen. Die EU-Kommissionspräsidentin hat daher die Aufgabe, sich jetzt ein starkes Team zusammenzustellen.“ Österreich stelle hier mit der abermaligen Nominierung von Johannes Hahn als EU-Kommissar ein Schwergewicht mit großer Erfahrung und Know-how in den unterschiedlichsten Bereichen.

WKÖ-Präsident Mahrer abschließend: „Die Zeit drängt. Wenn es Europa nicht gelingt, seine Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu steigern und die Digitalisierung als Chance zu nützen, werden die Innovationsgiganten USA und China das Spielfeld beherrschen und wir nur auf der Zuschauerbank sitzen. **Die neue EU-Kommissionspräsidentin hat es gemeinsam mit dem Rat und dem Europaparlament in der Hand, Europa wieder nach vorne zu bringen.**“

Ansprechpartnerin: **Claudia Golser**

Inhaltsverzeichnis

Kommission untersucht mögliche wettbewerbswidrige Verhaltensweisen von Amazon

Amazon verkauft als Plattform einerseits als Einzelhändler Produkte, stellt aber auch einen Online-Marktplatz zur Verfügung, über den unabhängige Händler ihre Produkte direkt an Verbraucher verkaufen können. **Bei der Bereitstellung des Marktplatzes für Händler sammelt Amazon Daten über die Tätigkeit auf seiner Plattform.** Nach ersten Erkenntnissen der Europäischen Kommission scheint Amazon dabei wettbewerbs-sensible Informationen über Marktplatzhändler, ihre Produkte und die von den Händlern auf der Plattform vorgenommenen Transaktionen zu nutzen. Im **Rahmen einer eingehenden Prüfung** wird die Kommission nun die Standardvereinbarungen zwischen Amazon und Marktplatzhändlern sowie die Rolle von Daten bei der Auswahl der in der „Buy Box“ angezeigten Händler untersuchen, um festzustellen **ob diese möglicherweise gegen die EU-Vorschriften über wettbewerbswidrige Vereinbarungen** zwischen Unternehmen und/bzw. oder die EU-Vorschriften über den **Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung verstoßen**. Zeitgleich haben am Mittwoch die österreichische Bundswettbewerbsbehörde sowie das deutsche Bundeskartellamt informiert, dass Amazon aufgrund ihrer Ermittlungen Geschäftsbedingungen geändert hat, die am 16.8.2019 in Kraft treten.

Kommissionsfahrpläne veröffentlicht: Evaluierung zu Fahrgastrechten im Bus- und Schiffsverkehr gestartet

Die Europäische Kommission hat die Evaluierung zu den EU-Vorschriften über Fahrgastrechte im Busverkehr und im See- und Binnenschiffverkehr gestartet. Es handelt sich dabei um die Überprüfung der Verordnungen No. 181/2011 und No. 1177/2010. Im Rahmen der Überprüfung soll die bisherige Umsetzung bewertet werden: dabei geht es vor allem um die Frage, ob das Regelwerk noch effizient, wirksam, kohärent und relevant ist und die nationalen Rechtsvorschriften in diesem Bereich sinnvoll ergänzt werden. Zu den Fahrplänen kann in einem ersten Schritt bis zum 8. August Rückmeldung an die EU-Kommission gegeben werden. In der weiteren Folge wird die EU-Kommission öffentliche Konsultationen – geplanter Start im dritten Quartal 2019 – durchführen.

Rat erteilt Verhandlungsmandat für Modernisierung des Energiechartavertrags und segnet Verhandlungsrichtlinien ab

Der Rat der Europäischen Union hat der Europäischen Kommission am 15. Juli das **Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über die Modernisierung des Energiechartavertrags erteilt** und zeitgleich auch die dazugehörigen Verhandlungsrichtlinien angenommen. Die Kommission hatte am 14. Mai einen Vorschlag für einen entsprechenden Beschluss des Rates vorgelegt. Unter anderem soll durch die Modernisierung das Thema nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Klimawandels und des Übergangs zu sauberen Energien, aufgenommen werden. Ein weiteres Ziel ist es auch, die Bestimmungen des Vertrages so zu überarbeiten, dass sie modernen Investitionsschutz-Standards entsprechen und somit mehr Rechtssicherheit und Klarheit zu schaffen. Der Vertrag über die Energiecharta ist ein **plurilaterales Handels- und Investitionsabkommen**, das für den Energiesektor gilt. Bislang gibt es 53 Vertragsparteien, darunter die meisten EU-Mitgliedstaaten sowie die EU und EURATOM. Da die Modernisierung sowohl Zuständigkeiten der EU als auch der Mitgliedstaaten betrifft, haben die Vertreter der Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Energiechartavertrags sind, zeitgleich auch einen Beschluss über jene Teile genehmigt, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen.

Vorschläge zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU veröffentlicht - Hohe Relevanz für Binnenmarkt und Unternehmen

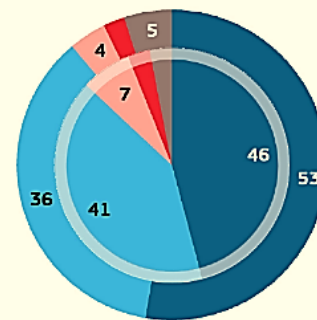
Mittwoch hat die Europäische Kommission wie bereits im Frühjahr angekündigt eine Reihe von **Maßnahmen** zur weiteren **Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Europa** vorgeschlagen. In den vergangenen Jahren sah sich die Kommission mit einer Reihe von Problemen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in der EU konfrontiert. Die Ergebnisse einer ebenfalls am Mittwoch veröffentlichten Eurobarometer-**Umfrage** zeigen, dass auch die Europäerinnen und Europäer der Rechtsstaatlichkeit große Bedeutung beimessen: **Über 80 Prozent der Befragten in der EU befürworten Verbesserungen bei zentralen rechtsstaatlichen Grundsätzen.**

Die Kommission hat nun **konkrete Initiativen mit drei Handlungsschwerpunkten vorgeschlagen**: Förderung einer Kultur der Rechtsstaatlichkeit, Vorbeugung von Rechtsstaatlichkeitsproblemen und wirkungsvolle Gegenmaßnahmen bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit. Dabei betonte die Kommission, dass sie zwar einzig und allein Hüterin der Verträge sei, für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit als Grundwert der Union jedoch alle Organe der Union und alle Mitgliedstaaten gleichermaßen Verantwortung tragen. **Die Kommission rief daher alle Akteure zum Handeln auf.**

Damit Rechtsstaatlichkeitsprobleme erst gar nicht entstehen, hat die Kommission einen Überprüfungszyklus beschlossen, zu dem auch ein jährlicher Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten gehören soll. Dieser zusätzliche Mechanismus soll die **Früherkennung sich abzeichnender Rechtsstaatlichkeitsprobleme erleichtern**. Im Interesse einer wirkungsvollen Reaktion auf Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit **will die Kommission weiterhin in vollem Umfang von ihren Durchsetzungsbefugnissen Gebrauch machen**, wenn Früherkennung und Präventivmaßnahmen keine Wirkung zeigen. Bereits in ihrer **Mitteilung** zur Rechtsstaatlichkeit vom 3. April des Jahres hatte die Kommission u.a. betont, dass **Rechtsstaatlichkeit für das Funktionieren des Binnenmarkts von Bedeutung ist**, Unternehmen sich auf berechenbare, ausgewogene Rechtsvorschriften und ein System wirksamer Rechtsbehelfe verlassen können müssen, **Defizite auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit auch die Wirtschaft beeinträchtigen** und ein funktionierendes Justizwesen und solide Korruptionsbekämpfungsrahmen Grundvoraussetzungen für gute unternehmerische Rahmenbedingungen sind.

Die **Europäischen Sozialpartner** haben im Rahmen der **Konsultation** im Vorfeld der Erarbeitung der Mitteilung in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre **Bereitschaft bekundet, die EU-Institutionen in den Bemühungen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa aktiv zu unterstützen.**

Q9.1 Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Punkte?
Dass alle EU-Mitgliedstaaten die Grundwerte der EU achten, einschließlich der Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (%)



- Äußerst wichtig
- Wichtig
- Nicht so wichtig
- Überhaupt nicht wichtig
- Weiß nicht

EU28 Äußerer Kreis AT Innerer Kreis

Grafik © European Union, 2019

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Fortschritte bei Handelsbeziehungen EU-USA – Kooperationen wichtig für Wirtschaft

Mit 11. Juli wurde das **Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die gegenseitige Anerkennung (Mutual Recognition Agreements, MRA) für die Inspektion von Herstellungsstätten für Humanarzneimittel vollständig umgesetzt**. Die US-Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelzulassungsbehörde hatte nämlich die Behörden des letzten noch ausständigen Mitgliedsstaates, nämlich der Slowakei, **anerkannt**. Mehr als 80 Prozent des globalen Absatzes betreffend neue Arzneimittel sind der EU und USA zuzuordnen. Auch künftig wird an einer Vertiefung der Kooperation und an einer weiteren Umsetzung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung gearbeitet: so soll der Anwendungsbereich auch auf Tierarzneimittel, Humanimpfstoffe und aus Plasma gewonnene Arzneimittel ausgedehnt werden.

Der Rat der Europäischen Union hat am 15. Juli einem Beschluss über die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten über die Einfuhr von hormonfreiem Rindfleisch **zugestimmt**. Die Kommission hatte am 14. Juni bekanntgegeben, dass hinsichtlich der **Überarbeitung der bestehenden Kontingente für die Einfuhr von hormonfreiem Rindfleisch in die EU eine WTO-konforme Einigung erzielt** worden sei. Im Jahr 2009 unterzeichneten die EU und die Vereinigten Staaten ein **Memorandum of Understanding (MoU)**, welches zur Streitbeilegung in Bezug auf Exporte von US-Rindfleisch diente; dieses wurde zuletzt 2014 **überarbeitet**.

Die Vereinigten Staaten hatten seit 2016 Druck gemacht und eine Überprüfung des MoU beantragt. Gemäß diesem hat die EU ein Einfuhrkontingent von 45.000 Tonnen an nicht hormonbehandeltem Rindfleisch für qualifizierte Anbieter, darunter auch die USA, geöffnet. Der Einigung zufolge wird nun das Einfuhrkontingent der USA in einer Übergangsphase von sieben Jahren schrittweise auf 35.000 Tonnen erhöht. Die verbleibende Menge steht allen anderen Ausfuhrländern offen. Das Abkommen soll so bald wie möglich in Brüssel unterzeichnet werden.

Die EU-Handelspolitik ist das zentrale Instrument, um die **internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Drittstaaten laufend zu verbessern und Handelsbarrieren sukzessive abzubauen**. Um von den Vorteilen der Handelsliberalisierung profitieren zu können, sind klare Regeln notwendig. Die WKÖ unterstützt daher die Kooperationen mit einem so wichtigen Handelspartner wie den Vereinigten Staaten.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027: Investitionen an europäischem Mehrwert ausrichten

Bei der **Tagung des Rates** in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“ am **Donnerstag** in Brüssel stand eine **Präsentation der Prioritäten für die nächsten sechs Monate durch den finnischen Vorsitz** auf der Agenda. In diesem Zusammenhang wurden die Ministerinnen und Minister der anderen EU-Mitgliedstaaten insbesondere über dessen **Pläne für die Arbeiten zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027** informiert.

Die Herausforderungen des nächsten EU-Haushalts liegen aus **WKÖ-Sicht** (siehe unser **EU Top Thema - Finanzierung der EU**) **auf der Ausgaben- und nicht auf der Einnahmenseite**: Die Ausgaben müssen verstärkt **auf einen europäischen Mehrwert** ausgerichtet und mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Bereiche mit dem höchsten europäischen Mehrwert sind aus WKÖ-Sicht insbesondere Forschung, Entwicklung und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit oder grenzüberschreitende Initiativen wie die Connecting Europe Facility.



Die Beiträge der Mitgliedstaaten an die EU müssen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen und deshalb an ihrem Bruttonationaleinkommen (BNE) bemessen werden. Daher tritt die WKÖ dafür ein, die bisherigen **Eigenmittel beizubehalten**. Für neue steuerbasierte Eigenmittel wird keine Notwendigkeit gesehen.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

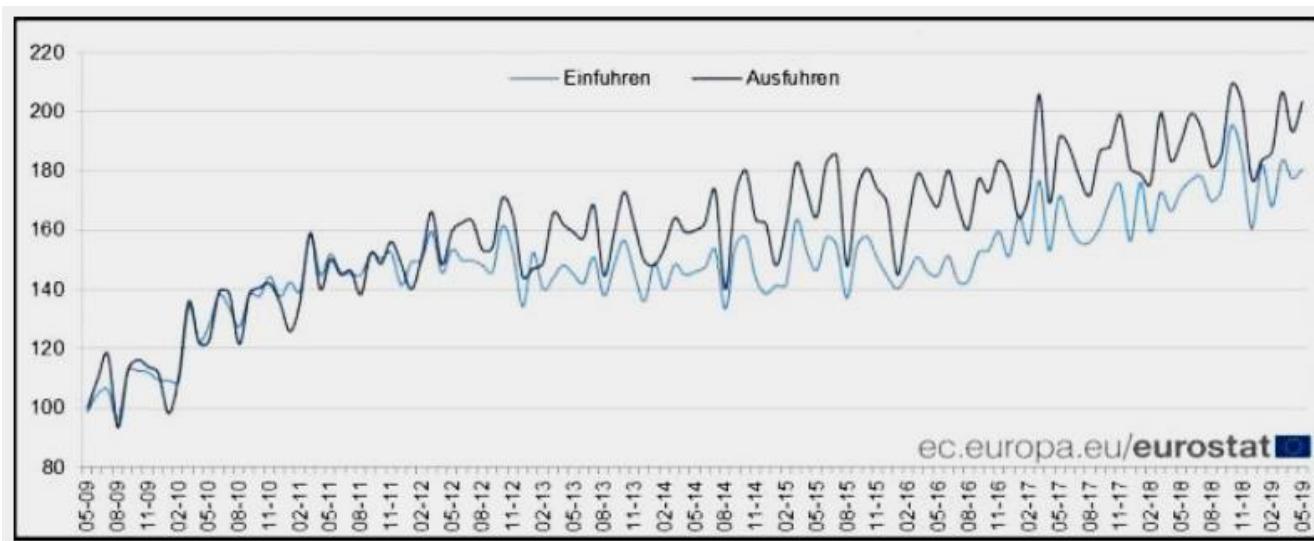
Inhaltsverzeichnis



Exportüberschuss für Euroraum wächst – WKÖ unterstützt proaktive Handelsagenda der EU

Der Euroraum verzeichnete gemäß **Eurostat**-Schätzungen von Jänner bis Mai 2019 einen **Überschuss von 82,7 Milliarden Euro im Handel mit der restlichen Welt**. Der Intra-Euroraum-Handel erhöhte sich im Mai 2019 auf 172,0 Milliarden Euro, ein Anstieg von 4,9 Prozent gegenüber Mai 2018.

Internationaler Warenverkehr des Euroraums, Mrd. Euro



Quelle © eurostat

Handelsabkommen sind ein Garant für Wohlstand und Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen – die **WKÖ unterstützt die proaktive Handelsagenda der EU**, die den Abbau von Handelshemmnissen und die Etablierung eines modernen, regelbasierten und fairen Welthandels zum Ziel hat. **33 bis 50 Prozent der Arbeitsplätze in Österreichs Privatwirtschaft werden laut WKÖ-Schätzung durch Exportunternehmen gesichert.** Mehr Informationen dazu erteilt das Factsheet „**Das bringen Handelsabkommen**“.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis



Jobs + Jobs + Jobs

Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Financial Officer

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

Financial Officer

Grade AD 5, Ref.: ESMA/2019/VAC13/AD5

Bewerbungen sind bis zum 12. August 2019 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

Europäische Chemikalienagentur sucht Administrative and Regulatory Assistant

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) mit Sitz in Helsinki sucht:

Administrative and Regulatory Assistant

Grade AST 2, Ref.: ECHA/TA/2019/007

Bewerbungen sind bis zum 19. August 2019 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

European Global Navigation Satellite Systems Agency sucht GNSS Security Engineer

Die European Global Navigation Satellite Systems Agency (GSA) mit Sitz in Prag/Tschechische Republik sucht:

GNSS Security Engineer (Temporary Agent)

Grade AD 7, Ref.: GSA/2019/573

Bewerbungen sind bis zum 20. August 2019 möglich, weitere Informationen sind **online** abrufbar.

Schon gewusst?

Auch auf **wko.at** finden Sie regelmäßig topaktuelle Stellenangebote von EU-Institutionen und -Agenturen!

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2305. Sitzung am 24. Juli 2019:

Rahmen für die Economic Governance zur Förderung von Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum (Artikel 136 AEUV-Vorschlag)

Memorandum of Understanding zwischen der Kommission und dem Single Resolution Board

Anti-Geldwäsche-Paket

Mitteilung über die Gleichwertigkeit von Finanzdienstleistungen

Mitteilung über den Schutz der Wälder und die Förderung der Wiederaufforstung

Leitlinien für die Teilnahme von Bietern und Waren aus Drittländern am EU-Beschaffungsmarkt

Mitteilung über die Allgemeine Datenschutzverordnung - Ein Jahr danach

19. Fortschrittsbericht der Sicherheitsunion

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

22. Juli Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Öffentliche Anhörung mit Elke König, Vorsitzende des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB)

22. Juli Ausschuss für Kultur und Bildung

„Erasmus“, das Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport - Abstimmung über den Beschluss über die Aufnahme von interinstitutionellen Verhandlungen

Einrichtung des Programms Kreatives Europa (2021 bis 2027) - Abstimmung über den Beschluss über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen

22.-23. Juli Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Meinungsaustausch mit Frau Krista Mikkonen, finnische Ministerin für Umwelt und Klimawandel

23. Juli Ausschuss für internationalen Handel

Aussprache mit Cecilia Malmström, für Handel zuständiges Mitglied der Kommission, über aktuelle Entwicklungen in der Handelspolitik der EU

23. Juli Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Aussprache mit Katri Kulmuni, Ministerin Finnlands für Wirtschaft (Energie, Industrie, KMU, Forschung und Innovation, Raumfahrt), und Sanna Marin, Ministerin Finnlands für Verkehr und Kommunikation (IKT, digitale Agenda, Cybersicherheit)

Aussprache mit dem neu gewählten Kandidaten für das Amt des Exekutivdirektors der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) (tbc)

23. Juli Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Entwicklungsausschuss

„Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“

- Erste gemeinsame Überprüfung der Fortschritte durch die EU auf dem hochrangigen politischen Forum der Vereinten Nationen im Juli 2019 und Vorbereitung des UN-Gipfels für nachhaltige Entwicklung im September 2019

23. Juli Haushaltsausschuss

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2 zum Gesamthaushaltsplan - Stärkung von Schlüsselprogrammen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU: Horizont 2020 und Erasmus+

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen im Haushalt 2019 und 2020

24. Juli Entwicklungsausschuss

EU-Entwicklungspolitik - Herausforderungen der Zukunft

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

In der Zeit bis 30. August finden grundsätzlich keine Sitzungen statt, insbesondere am Montag, dem 29. Juli werden jedoch noch zahlreiche Urteile verkündet und Schlussanträge verlesen. Die relevanten Fälle werden wir im EU-Panorama der kommenden Woche aufgreifen.

Ausgewählte laufende Konsultationen

Beschäftigung und Soziales

Bewertung der Förderung der Jugendbeschäftigung durch die Jugendbeschäftigungsinitiative und den Europäischen Sozialfonds

24.05.2019 - 16.08.2019

Binnenmarkt

Standardladegeräte für Mobiltelefone

14.05.2019 - 06.08.2019

Energie

Konsultation zur Liste der Bewerberprojekte von gemeinsamem Interesse in der Öl-
infrastruktur

04.07.2019 - 26.09.2019

Steuern

EU-Steuerpolitik - Bewertung der Kommunikationskanäle

21.06.2019 - 13.09.2019

Umwelt

Industrieemissionen - Bewertung der EU-Vorschriften

27.05.2019 - 19.08.2019

Inhaltsverzeichnis